



WWF-ANALYSE

**Wenn Unsicherheit hemmt:
Die Gefahr
regulatorischer
Unklarheit für
die Wirtschaft**

IMPRESSUM

| | |
|----------------------|---|
| Herausgeberin | WWF Deutschland (Stiftung bürgerlichen Rechts, vertreten durch die Vorständin Meike Rothschädl), Reinhardtstraße 18, D-10117 Berlin |
| Stand | Juni 2026 |
| Autor:innen | Sabina Bals, Lena Herrmann, David Knewitz (alle WWF Deutschland) |
| Redaktion | Thomas Koeberich |
| Koordination | David Knewitz (WWF Deutschland) |
| Kontakt | David.Knewitz@wwf.de, Sabina.Bals@wwf.de und Lena.Herrmann@wwf.de |
| Gestaltung | Epoq Studio epoqstudio.com |

Die Autor:innen danken Felix Schmidt, Dr. Ruben van Treeck, Sebastian Breer, Tobias Arbinger, Silke Düwel-Rieth, Viviane Raddatz und Matthias Meißner für ihren wertvollen fachlichen Input sowie zahlreichen Expert:innen und Unternehmer:innen für den Austausch und die Validierung der Projektergebnisse.

Die in dieser Publikation enthaltenen Analysen und Daten basieren auf einer externen Untersuchung, die im Auftrag des WWF Deutschland durchgeführt wurde. Die redaktionelle Verantwortung für die Aufbereitung und Einordnung der Ergebnisse liegt beim WWF Deutschland.

Bildnachweise

Cover/Backcover: Mimadeo/Getty Images; S. 2/3: Fahroni/Getty Images; S. 4: Daniel Seiffert/WWF; S. 4 (2): Kathrin Tschirmer/WWF; S. 5: jittawit.21/Getty Images; S. 6: Iamontak590623/Getty Images; S. 10: Peter Beukema/Unsplash; S. 11: Unai Huizi Photography/Getty Images; S. 12: Bernd Dittrich/Unsplash; S. 15: Bill Mead/Unsplash; S. 16: France68/Getty Images; S. 17: Zigmunds Dizgalvis/Getty Images; S. 18: StockSeller_ukr/Getty Images; S. 21: Engjell Gjepali/Unsplash; S. 22: Swanky Fella/Unsplash; S. 25: Alex Ugalek/Getty Images; S. 26: Romrodinka/Getty Images; S. 27: Scotty Turner/Unsplash; S. 30: Hailey Tong/Unsplash



INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|----|
| VORWORT | 4 |
| WIE REGULATORISCHE UNSICHERHEIT DIE WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT GEFÄHRDET | 5 |
| UNKLARE POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM KLIMA- UND NATURSCHUTZBEREICH SIND GIFT FÜR DIE INVESTITIONSTÄTIGKEIT VON UNTERNEHMEN | 6 |
| REGULATORISCHE UNSICHERHEIT ERHÖHT FINANZIERUNGSKOSTEN UND BREMST KAPITALFLÜSSE | 7 |
| APPELL AN DIE POLITIK: LANGFRISTIGE PLANUNGSSICHERHEIT ALS SCHLÜSSEL DER WIRTSCHAFTSTRANSFORMATION | 8 |
| METHODISCHES VORGEHEN | 8 |
| WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN REGULATORISCHER VOLATILITÄT: | |
|  Factsheet Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) & Netzpaket | 10 |
|  Factsheet Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) | 16 |
|  Factsheet EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) | 21 |
|  Factsheet Wiederherstellungs-Verordnung (WVO) | 26 |

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

wer nicht weiß, welche Regeln morgen gelten, investiert heute nicht. Diese Tatsache stellt die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft vor eine Herausforderung. Denn ohne verlässliche Rahmenbedingungen bleibt privates Kapital in der notwendigen Größenordnung aus. Doch die Transformation der Wirtschaft innerhalb planetarer Grenzen ist als zentrale Zukunftsaufgabe unserer Zeit auf Kapital angewiesen. Genauso wie auf politische Leitplanken, die ambitioniert und konsistent sind. Auf Gesetze muss Verlass sein. Nur so ermöglichen sie Planbarkeit.

Die Realität zeigt ein anderes Bild. Statt in den Umbau zu investieren, zeigt sich ein Großteil der Unternehmen abwartend. Eine Ursache hierfür sind volatile regulatorische Rahmenbedingungen und wechselnde politische Signale. Sie wirken branchenübergreifend als strukturelle Investitions- und Innovationsbremse.

Welche ökonomischen Auswirkungen diese politische Sprunghaftigkeit hat, beleuchten die vorliegenden Analysen ausgewählter nationaler und EU-europäischer Regularien: vom Erneuerbare-Energien-Gesetz und Gebäudemodernisierungsgesetz bis hin zur Wasserrahmenrichtlinie und der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur. Sie untersuchen nicht nur den handwerklichen Kurswechsel bei Gesetzen, sondern auch das grundsätzliche Infragestellen dahinterliegender Klima- und Naturschutzziele. Ständige Kurswechsel verunsichern im unternehmerischen

Alltag, da Budgets nicht verlässlich verplant werden können und begonnene Modernisierungen ins Stocken geraten. Zugleich treibt die Ungewissheit die Risikoprämien an den Finanzmärkten in die Höhe und verteuert nötiges Kapital. Die Folgen sind fatal. Dringend notwendige kapitalintensive Transformationsprojekte werden verschoben oder neu bewertet. Statt zu modernisieren, erzwingt die Politik so ein lähmendes Abwarten.

Für die Klima- und Naturschutzziele ist diese Entwicklung riskant, für den Wirtschaftsstandort Deutschland fatal. Denn nur wenn regulatorische Rahmenbedingungen verlässlich sind, können Unternehmen Risiken kalkulieren, ihr Geld gezielt investieren und die Zukunftsfähigkeit des Standorts sichern.

Der WWF Deutschland appelliert daher an die politischen Entscheider:innen: Politische Berechenbarkeit ist kein Nice-to-have, sondern Grundvoraussetzung für zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg. Nur eine konsistente, langfristig verlässliche und legislaturübergreifende Richtung schafft das Vertrauen, das privates Kapital jetzt braucht.

Wir laden Sie ein, die folgenden Analysen als Beitrag zu dieser Debatte über stabile und zukunftsorientierte Rahmenbedingungen zu lesen.



Silke Düwel-Rieth
Bereichsleitung Wirtschaft
& Märkte



Viviane Raddatz
Bereichsleitung Klimaschutz
& Energiepolitik



Matthias Meißner
Bereichsleitung Politik
& Biodiversität

WIE REGULATORISCHE UNSICHERHEIT DIE WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT GEFÄHRDET

Stabilität, Zielfestigkeit und regulatorische Sicherheit im Klima- und Naturschutzbereich sind zentrale Bedingungen für unternehmerische Entscheidungen. Für wen die Regeln von morgen ein „Buch mit sieben Siegeln“ sind, der investiert heute nicht. Diese einfache wirtschaftliche Wahrheit wird für den Standort Deutschland zum Problem. Unbeständige regulatorische Rahmenbedingungen und volatile politische Signale entwickeln sich zunehmend zu einer strukturellen Investitionsbremse für die deutsche Wirtschaft.

In einer Befragung von 822 deutschen Unternehmen und Finanzakteuren gaben 46 Prozent an, dass unsichere politische und regulatorische Rahmenbedingungen Investitionen in die Transformation hemmen.¹

Die hier betrachtete Gesetzgebung im Natur- und Klimabereich ist dafür ein Beispiel. Angesichts mangelnder Planungssicherheit nehmen Unternehmen branchenübergreifend eine „Wait and see“-Haltung ein. Die Folge dieser politischen Verunsicherung ist ein genereller Rückgang der privaten Investitionstätigkeit sowie die Aufschiebung langfristiger, kapitalintensiver Projekte, die für ein nachhaltiges Wachstum zwingend notwendig sind. 63 Prozent der Industrieunternehmen bewerten regulatorische Unklarheiten als signifikantes Risiko für ihre operative und strategische Zukunft.² Diese abwartende Haltung führt zu realen Wertschöpfungsverlusten in zentralen Sektoren der deutschen Wirtschaft – von der Energieversorgung über den Gebäudesektor bis hin zu den industriellen Wasser- und Agrarsystemen.

Vor diesem Hintergrund analysieren wir beispielhaft die ökonomischen Auswirkungen regulatorischer Unsicherheit anhand zentraler Regulierungsvorhaben in Deutschland und der Europäischen Union: **das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und**



Netzpaket, das Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG), die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sowie die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (WVO). Allen Regulierungen gemein ist, dass sie – wie auch die dahinterstehenden Klima- und Naturschutzziele – im Zuge von Entbürokratisierungsdebatten politisch polarisieren, vor tiefgreifenden Novellierungen stehen oder von einzelnen Akteursgruppen grundlegend infrage gestellt werden.

Über alle vier analysierten Regulierungen hinweg zeigt sich ein konsistentes ökonomisches Muster: Politische Volatilität führt zu Investitionszurückhaltung, steigenden Risikoprämien und langfristigen volkswirtschaftlichen Kosten. Der Appell an die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist daher eindeutig: Langfristige regulatorische Sicherheit und fiskalische Konsistenz sind wesentlich, um privates Kapital für die Transformation zu mobilisieren und damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern. Ein zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort setzt eine klare politische Ausrichtung an den internationalen Klima- und Naturschutzzielen und ein stabiles regulatorisches Fundament voraus.

1 Reppmann, M. et al. (2026): Sustainability Transformation Monitor 2026.

2 Siemens AG (2026): Infrastructure Transition Monitor, Studie zur Investitionstätigkeit von Industrieunternehmen, März 2026.

UNKLARE POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM KLIMA- UND NATURSCHUTZBEREICH SIND GIFT FÜR DIE INVESTITIONSTÄTIGKEIT VON UNTERNEHMEN

Die makroökonomische Forschung belegt, dass politische Unsicherheit direkt mit einem Rückgang von Unternehmensinvestitionen und Beschäftigung korreliert. Analysen des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW) zeigen, dass ein 30-prozentiger Anstieg wirtschaftspolitischer Unsicherheit zu einem messbaren Rückgang des BIP führt.³ Unsicherheit in Bezug auf Naturschutz- und Klimapolitik überträgt sich primär über die Angebotsseite der Wirtschaft und führt zu einem Rückgang der Investitionsbereitschaft der Privatwirtschaft. Gesamtwirtschaftliche Risiken erwachsen einerseits aus unvorhersehbarer Gesetzgebung, zum anderen aus der Klimakrise und der akuten Gefährdung natürlicher Ressourcen wie Wasserverfügbarkeit, Bodenqualität und intakter Ökosysteme.

Regulatorische Volatilität führt unternehmensseitig zu schwindenden Umsätzen, vorsichtigerer Beschäftigungsplanung, reduzierten Investitionen und zu sinkenden Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E). Erhöhte Unsicherheit geht mit einem Rückgang des Beschäftigungswachstums um etwa einen Prozentpunkt sowie einer Reduktion der Investitionsquoten um rund drei Prozent einher und dämpft insgesamt das Unternehmenswachstum. Dies zeigen aktuelle Analysen der Europäischen

Investitionsbank.⁴ Von regulatorischer Unsicherheit betroffen sind häufig gerade Unternehmen in den für die wirtschaftliche Transformation in Deutschland wichtigen Klima- und Umweltleitmärkten. Dies erschwert die Transformationsfinanzierung und führt zu einem negativen Investitionsklima.⁵ Hingegen zeigen Sektoren, die stark auf fossile Brennstoffe angewiesen sind (z. B. Bergbau, Öl- und Gasförderung), eine paradoxe Reaktion: Sie erhöhen kurzfristig ihre Investitionen, während sie gleichzeitig F&E-Ausgaben kürzen.⁵

Unklare gesetzliche Rahmenbedingungen führen also dazu, dass Kapital systematisch an den falschen Stellen investiert wird. Um das Risiko ökonomisch nachteiliger Investitionen aufgrund unvorhersehbarer regulatorischer Rahmenbedingungen – wie beim Gebäudemodernisierungsgesetz oder den EEG-Novellen – zu vermeiden, verhalten sich Unternehmen betriebswirtschaftlich rational, indem sie abwarten und Investitionen aufschieben bzw. Kapital in kurzfristig profitable, nicht-transformative oder vermeintlich weniger regulierte Sektoren verschieben.⁵ Das Ausbleiben bzw. Aufschieben von Investitionen im Kontext der untersuchten Regulierungen gefährdet damit nicht nur nationale und globale Nachhaltigkeits- und Klimaziele, sondern forciert das Risiko von Fehlinvestitionen und der Entwertung physischer Vermögenswerte (Stranded Assets). Diese Reaktion löst eine Kette von Risiken aus. Sie verzögert den technologischen Fortschritt, blockiert das Wachstum und verschärft gleichzeitig die realwirtschaftlichen Schäden durch Klimawandelfolgen, sinkende Wasserqualitäten, Lieferkettenabrisse und Produktionsausfälle, etwa in der Agrarwirtschaft und chemischen Industrie.

Das Ausbleiben und Aufschieben von Investitionen führt somit zu direkten, teilweise irreversiblen Kosten für Wirtschaft und Gesellschaft.



3 Kiel Institut für Weltwirtschaft (2024): The impact of economic policy uncertainty on the German economy.

4 European Investment Bank (2024): The effect of uncertainty on investment: Evidence from EU survey data. EIB Working Paper 2024/02.

5 Gavriilidis, K., Känzig, D. R., Raghavan, R., & Stock, J. H. (2024/2026): The Macroeconomic Effects of Climate Policy Uncertainty.

REGULATORISCHE UNSICHERHEIT ERHÖHT FINANZIERUNGSKOSTEN UND BREMST KAPITALFLÜSSE

Regulatorische Unsicherheit wirkt als Multiplikator für Risikobewertungen am Finanzmarkt und schränkt den Zugang zu Fremd- und Eigenkapital ein. Wenn sich regulatorische Rahmenbedingungen und die daraus resultierenden Cashflows nicht verlässlich kalkulieren lassen, reagieren Finanzinstitute und institutionelle Investoren mit erhöhter Risikoaversion. Die direkten Folgen sind restriktivere Kreditvergaben, steigende Kapitalkosten und eine selektivere Projektfinanzierung.

Finanzmarktakteure können das Fehlen ökologischer Mindeststandards dabei als Ausfallrisiken für Kreditportfolios einpreisen.

Und wie reagiert der Kapitalmarkt? Dort versuchen Investoren, ihre Risiken zu senken. Sie ziehen ihr Kapital aus teuren, langfristigen Infrastrukturprojekten zurück, z. B. im Energie- oder Immobiliensektor, oder finanzieren diese nur noch zu höheren Kosten. Aktuell zeigt sich dies im Kontext des geplanten Netzpakets. Nach einer Studie von enervis sind rund 23 Gigawatt bereits geplanter oder genehmigter Windenergieprojekte gefährdet. Das entspricht etwa 30 Prozent der anstehenden Projekte.⁶ Die Unsicherheit führt beim anderen Teil der Investoren zu abwartender Haltung, bei der Investitionsentscheidungen so lange auf Eis gelegt werden, wie die gesetzlichen Vorgaben ungewiss bleiben. Diese Dynamik erfasst auch den Versicherungs- und Risikokapitalmarkt. Versicherer reagieren auf unbestimmte Haftungs- und Regulierungspfade mit steigenden Prämien oder dem vollständigen Rückzug aus spezifischen Risikosegmenten.

Darüber hinaus sinkt im Clean- & Nature-Tech-Sektor die Wahrscheinlichkeit für Start-ups, notwendiges Wachstumskapital zu erhalten.⁷ Die investierten Summen fallen in Zeiten hoher umweltpolitischer Unsicherheit deutlich geringer aus. Dadurch steigt die Gefahr der Pfadabhängigkeit von fossilen Brennstoffen und einer ausbleibenden Reallokation von Kapital aus fossilen in kohlenstoffarme Sektoren und transformationsfördernde Innovationen.^{4,8} Zudem werden Investitionen in saubere und transformationsfördernde Technologien teilweise in ausländische Märkte mit stabileren politischen Rahmenbedingungen verlagert. Zentrale Akteure im Green-Tech-Bereich sind z. B. Großbritannien, Kanada und Indien. Dies gefährdet das Wachstum transformationsrelevanter Sektoren in Deutschland.⁹

Diese Entwicklung hat unmittelbar gesamtwirtschaftliche Folgen. Höhere Finanzierungskosten verteuern Investitionsprojekte, während Kapital verstärkt in vermeintlich stabilere oder weniger regulierte Anlageklassen umgelenkt wird. Dadurch entstehen Investitionslücken in zentralen Transformationsbereichen und die Systemkosten steigen, zum Beispiel durch einen verzögerten Ausbau Erneuerbarer Energien oder eine ineffiziente Infrastrukturentwicklung. Halten wir daher noch einmal fest: Verlässliche, konsistente und langfristig planbare Rahmenbedingungen sind eine zentrale Voraussetzung, um Kapital im notwendigen Umfang für die Transformation zu mobilisieren.

6 enervis energy advisors (2026): Kurzstudie zu den Auswirkungen des geplanten Netzpakets auf Wind- und Solarprojekten in Deutschland, im Auftrag von Green Planet Energy.

7 Noailly, J., Nowzohour, L., & van den Heuvel, M. (2022): Does Environmental Policy Uncertainty Hinder Investments Towards a Low-Carbon Economy?

8 IPCC (2022): Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (Chapter 15: Investment and finance). Cambridge University Press.

9 EsadeGeo (2024): How to reduce the impact of the IRA on green investment in Europe. Do Better. StartUs Insights (2025): Clean Tech Report 2025.

APPELL AN DIE POLITIK: LANGFRISTIGE PLANUNGSSICHERHEIT ALS SCHLÜSSEL DER WIRTSCHAFTSTRANSFORMATION

Um die „Wait and see“-Haltung der Wirtschaft zu durchbrechen und um Natur- und Klimaschutzziele zu sichern, sind die Bundesregierung und die europäischen Institutionen gefordert, verlässliche Rahmenbedingungen, regulatorische Konsistenz und langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten. Nicht fehlendes Eigenkapital oder das Zinsniveau stehen der Wirtschaftstransformation im Wege, sondern auch fehlende Planungssicherheit von Geschäftsmodellen.¹⁰

Wenn sich die wirtschaftliche Rentabilität eines Projekts aufgrund unabsehbarer politischer Veränderungen nicht kalkulieren lässt, werden geplante Investitionen gestoppt und die Transformation ausgebremst. Entscheidende regulatorische Weichenstellungen dürfen nicht zum Gegenstand kurzfristiger wahlperiodenorientierter oder opportunistisch getriebener Kurskorrekturen werden, sondern müssen legislaturübergreifende Planungssicherheit bieten. Nur eine berechenbare, konsistente Wirtschaftspolitik schafft das Fundament, auf dem Unternehmen kalkulierbare Risiken eingehen, Kapital effizient allokalieren und so die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nachhaltig sichern können.



METHODISCHES VORGEHEN

Die vorliegende Analyse stellt die wirtschaftliche Auswirkung regulatorischer Unsicherheit vor. Regulatorische Unsicherheit definieren wir in diesem Kontext als:

- diskutierte und geplante grundlegende Änderungen an bestehenden Klima- und Umweltregulierungen in einem ordentlichen legislativen Verfahren. Dies trifft zu auf:
 - EEG
 - GModG
 - Wasserrahmenrichtlinie
- Regulierungen im Klima- und Umweltbereich, deren Zielsetzungen und Inhalte von wirkmächtigen Akteuren, insbesondere unter dem Schlagwort „Bürokratieabbau“, in Frage gestellt werden und in der jetzigen Form geschwächt werden sollen. Dies trifft zu auf:
 - Wiederherstellungs-Verordnung
 - Wasserrahmenrichtlinie
 - GModG

Wir haben wirtschaftliche Effekte der mit Stand April 2026 diskutierten Änderungen analysiert und in den Factsheets aufbereitet. Die wirtschaftliche Analyse der Änderungen der Regulierungen umfasst:

- eine Analyse der betroffenen Akteure
- die Analyse realwirtschaftlicher Kosten besonders betroffener Akteure oder Sektoren
- regionalisierte wirtschaftliche Effekte der geplanten Änderungen
- Analyse der finanzwirtschaftlichen Implikationen

Die konkret untersuchten Änderungen der Regulierungen und das methodische Vorgehen finden sich detailliert jeweils auf der letzten Seite der Factsheets. Die Analysen wurden je Regulierung durch qualitative Interviews mit Unternehmen validiert.

10 Brüggemann, A. et al. (2024): KfW-Klimabarometer 2024: Schwache Konjunktur dämpft Klimaschutzinvestitionen des Mittelstands. KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main.

Factsheets



WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN REGULATORISCHER VOLATILITÄT: Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) & Netzpaket

ZUSAMMENFASSUNG

siehe Seite 14 für Details

Die geplante und hier analysierte Reform des EEG und des Netzpaketes (Stand 04/26) umfassen die Einführung kapazitätslimitierter Netzgebiete, den Wegfall von Entschädigungen bei Abregelung und von Baukostenzuschüssen für Erzeugungsanlagen, die Einführung von CfDs mit Erlösabschöpfung, die zusätzliche Abschöpfung bei hohen Strompreisen sowie die Abschaffung der Einspeisevergütung und der Förderung kleiner Anlagen.

In den kapazitätslimitierten Regionen sind durch die geplante Reform Projekte von neun Gigawatt Solarenergie und von bis zu 23 Gigawatt Windkraft gefährdet. Bei Windkraft entspricht das dem Fünffachen der neuinstallierten Anlagen in 2025. Dies deutet auf ein massives Risiko beim Ausbau Erneuerbarer Energien hin. Der Eingriff würde zu geringeren Investitionen in für die Energiewende notwendige Bauleistungen und Infrastruktur führen und hätte Folgen für die Wertschöpfungskette.

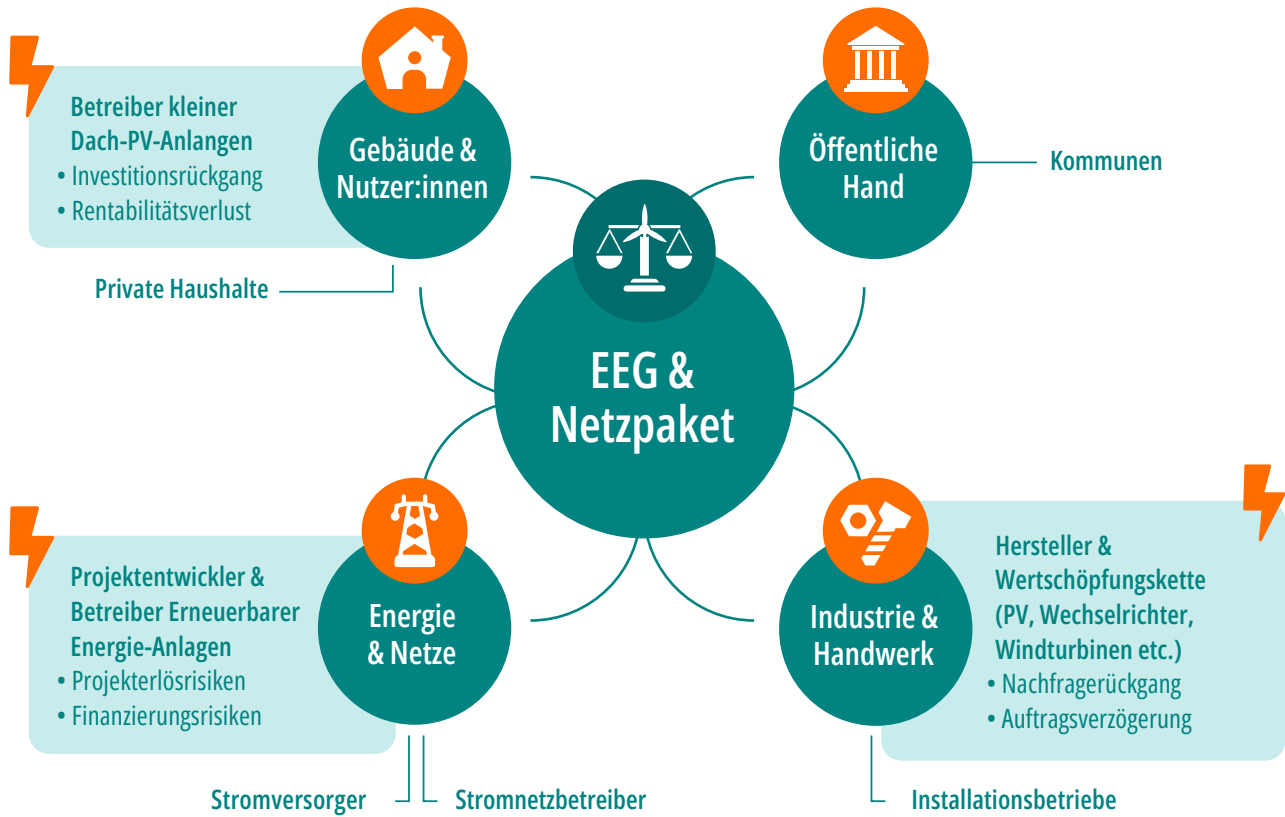
Es entstände ein prognostizierter Wertschöpfungsverlust von 757 Millionen Euro für Solarenergie bzw. 17 Milliarden Euro für Windkraft für bereits geplante Projekte.

Eine Abregelungsquote von drei Prozent würde große Teile des Netzes betreffen. Besonders in Schleswig-Holstein (jede vierte Gemeinde) und Bayern (mehr als jede dritte Gemeinde) könnte der Ausbau zum Erliegen kommen.

AUSWAHL BETROFFENER AKTEURE

Auswirkungen der geplanten Reform des EEG und des Netzpakets

Die geplante EEG-Novelle und die Reform des Netzpakets betreffen zahlreiche Akteure in verschiedenen Sektoren und setzen insbesondere Projektentwickler, kleine PV-Betreiber sowie Industrie u. Handwerk unter wirtschaftlichen Druck.



⚡ Starke negative Betroffenheit: nachhaltig wirksame wirtschaftliche oder strukturelle Nachteile infolge veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen



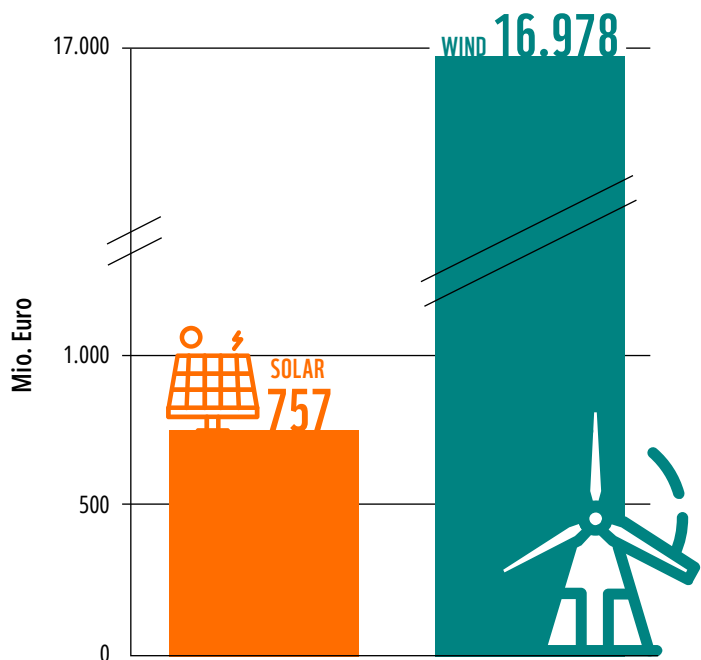
REALWIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE

Die geplante EEG-Novelle und die Reform des Netzpaketes erhöhen die Unsicherheiten bei Erlösen und Netzan-schlüssen. In der Folge würden Investitionsrisiken und Kapitalkosten zunehmen, was den Ausbau Erneuerbarer Energien merklich verlangsamen könnte. Neben dem geplanten Redispatch-Vorbehalt als Haupttreiber der ökonomischen Risiken wirken weitere mögliche Anpassungen investitionshemmend. So könnten Förderungen

wegfallen und der Ausbau in kapazitätslimitierten Netzgebieten beschränkt werden. Diese Neuregelungen würden auch andere Wirtschaftszweige in Mitleidenschaft ziehen. Denn fehlt es an ausreichend grünem, kosten-günstigem Strom, wächst die Gefahr, dass auch andere stark elektrifizierungsabhängige Sektoren wie Verkehr oder Gebäudesektor ihre Dekarbonisierungsziele verfehlen.

ABBILDUNG 1:
Gefährdete Wertschöpfung in der Projektentwicklung und bei der Installation durch Redispatch-Vorbehalt

Quelle: eigene Analyse basierend auf externen Studien. Siehe letzte Seite dieser Factsheets zur Methodik.



Auswirkungen: Projektentwickler und Betreiber Erneuerbarer Energie-Anlagen

- Durch den geplanten Redispatch-Vorbehalt in Engpassgebieten sind zurzeit im Bau befindliche und geplante EE-Projekte gefährdet (**überschlägig 9 GW Solar und 23 GW Offshore Wind**)
- Das **riskiert Wertschöpfung in Deutschland**. Allein in der Projektierung und beim Bau (d. h. exklusive Anlagen) sind fast **18 Mrd. EUR** durch bereits geplante Solar- und Onshore-Wind-Projekte gefährdet. Das ist doppelt so viel, wie 2024 insgesamt in die Windenergie Deutschlands investiert wurden. Weitere Kosten drohen u. a. durch höhere Strompreise.
- Die **lokalen Verluste wären besonders bei Windkraft hoch**, da ein höherer Anteil der Wertschöpfung in der Projektierung und beim Bau entsteht als bei Solar.



FINANZMARKTPERSPEKTIVE

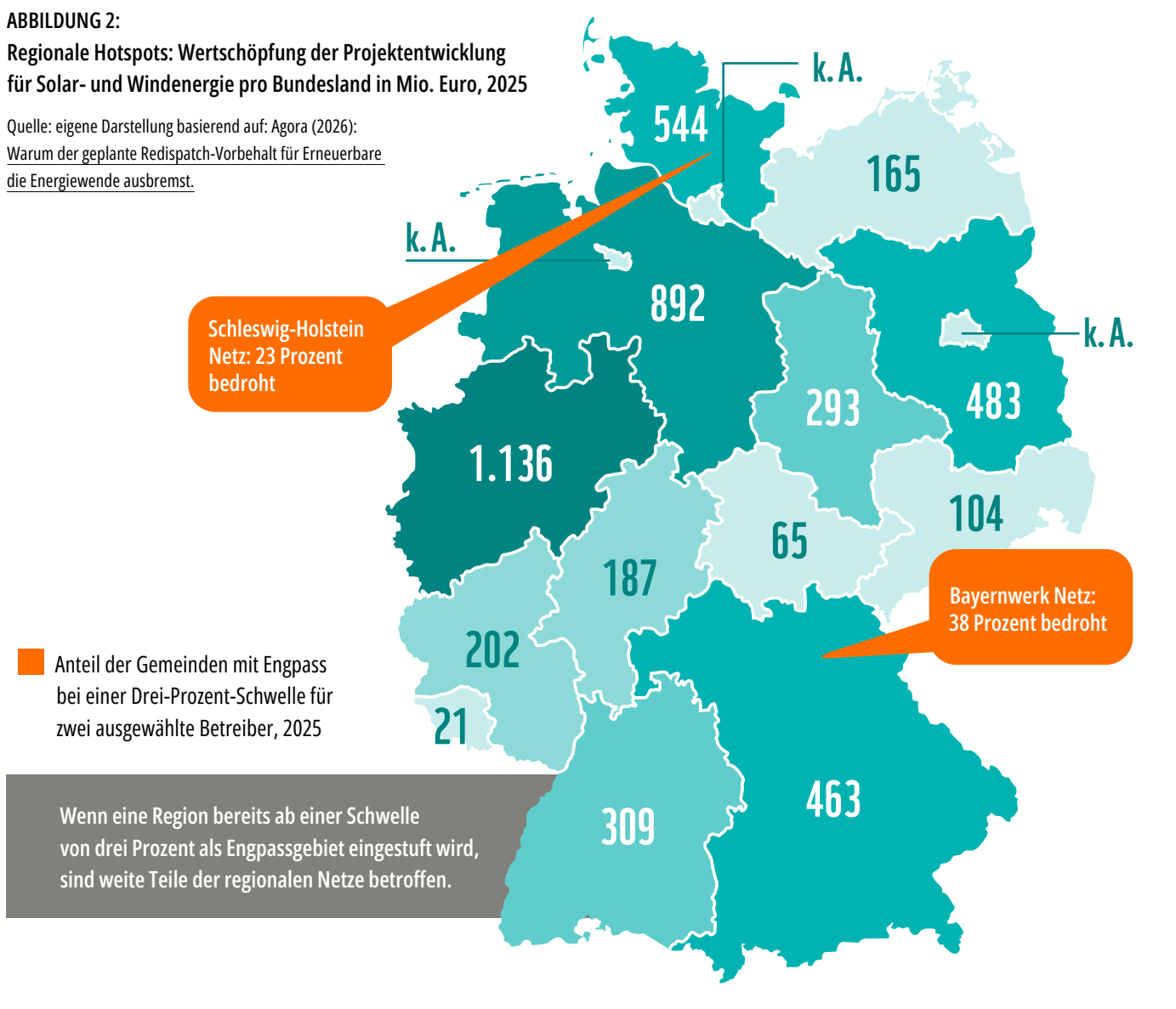
Regulatorische Eingriffe bremsen Ausbau Erneuerbare Energien

Unter der Annahme der geplanten Änderungen im EEG und im Netzpaket verschlechtern sich die Finanzierungsbedingungen deutlich, da sie sowohl die Höhe als auch die Verlässlichkeit der erwarteten Cashflows mindern. Insbesondere Netzengpässe und unklare Entschädigungsregelungen erhöhen das Risiko einer eingeschränkten Stromerzeugung. Dies führt zu höheren Risikoaufschlägen, sinkenden Beleihungsquoten sowie strikteren Vorgaben für Absicherungen.


Wegen dieser volatilen Bedingungen legen Banken strengere Maßstäbe an die Projektfinanzierung an. Infolgedessen steigen die Finanzierungskosten, während Vorhaben mit erhöhtem Netz- oder Regulierungsrisiko unwirtschaftlich werden. Um Vorhaben dennoch realisieren zu können, müssen Projektentwickler mehr Eigenkapital einbringen und ihre Planung stärker auf Netzverfügbarkeiten sowie Abnahmeverträge ausrichten. Als Konsequenz werden insgesamt weniger Projekte umgesetzt und Investitionen werden verlagert. Diese Dynamik verzögert zentrale Elemente der Energiewende und treibt die Gesamtsystemkosten in die Höhe.

ABBILDUNG 2:
Regionale Hotspots: Wertschöpfung der Projektentwicklung für Solar- und Windenergie pro Bundesland in Mio. Euro, 2025

Quelle: eigene Darstellung basierend auf: Agora (2026):
Warum der geplante Redispatch-Vorbehalt für Erneuerbare die Energiewende ausbremst.



| ÄNDERUNG | DETAILS |
|--|---|
|  <h2>Netzpaket</h2> | |
| <p>1. Einführung kapazitätslimitierter Netzgebiete</p> | <p>Netzbetreiber sollen Regionen für einen Zeitraum von zehn Jahren als „kapazitätslimitiert“ ausweisen können, wenn dort im Vorjahr mehr als ca. drei Prozent der erneuerbaren Erzeugung abgeregelt werden mussten. In solchen Gebieten gelten besondere Regeln: Anschlüsse können verzögert, priorisiert oder nur mit Einschränkungen gewährt werden.</p> |
| <p>2. Neuregelung des Netzanschlusses: Redispatch-Vorbehalt und eingeschränkter Anspruch</p> | <p>In kapazitätslimitierten Gebieten sollen neue EE-Anlagen bis zu zehn Jahre lang keine Entschädigungen mehr erhalten, wenn sie abgeregelt werden. Projektierer müssen diesem Verzicht zustimmen, damit überhaupt ein Netzanschluss gewährt wird. Damit verlagert sich der Rahmen gesetzlicher Ansprüche hin zu bilateralen Vereinbarungen. Es bestehen rechtsgutachterliche Zweifel an der europarechtlichen Zulässigkeit des Redispatch-Vorbehalts in dieser Form.</p> |
| <p>3. Ermöglichung von Baukostenzuschüssen für Erzeugungsanlagen</p> | <p>Erstmals sollen Netzbetreiber Baukostenzuschüsse auch für EEG- und KraftNAV-Anlagen erheben dürfen. Betreiber neuer Anlagen müssen so künftig teilweise die Kosten für Netzverstärkungen oder neue Anschlussleitungen tragen.</p> |
|  <h2>EEG-Novelle</h2> | |
| <p>1. Einführung von zweiseitigen Differenzverträgen (CfD)</p> | <p>Die EEG-Novelle wird das bisherige einseitige Marktprämienmodell ablösen. Künftig erhalten Betreiber eine Förderung, wenn der Börsenpreis unter dem Zuschlagswert liegt, müssen aber Zahlungen an den Netzbetreiber leisten, wenn der Marktpreis darüber liegt. Damit wird eine systematische Erlösabschöpfung eingeführt, die das Einnahmerisiko zwischen Staat und Betreibern symmetrischer verteilen soll.</p> |
| <p>2. Einführung eines Refinanzierungsbeitrags bei hohen Strompreisen</p> | <p>Übersteigt der Jahresmarktwert den Zuschlagswert um einen noch festzulegenden Korridor, müssen Betreiber ab 100 kW einen Refinanzierungsbeitrag leisten. Dieser wird pro erzeugter Kilowattstunde berechnet und einmal jährlich abgerechnet, ergänzt durch monatliche Abschlagszahlungen. Zeiten mit negativen Strompreisen sind von Förderung und Abschöpfung gleichermaßen ausgenommen.</p> |
| <p>3. Abschaffung der festen Einspeisevergütung für Neuanlagen</p> | <p>Für neue Anlagen entfällt die klassische Einspeisevergütung vollständig. Stattdessen wird die Direktvermarktung verpflichtend, während die Netzbetreiberabnahme nur noch als zeitlich begrenztes Übergangsinstrument für sehr kleine Anlagen dient. Damit entfällt das bisherige Niedrigschwellenmodell für viele Kleinanlagenbetreiber.</p> |
| <p>4. Wegfall der EEG-Förderung für Anlagen unter 25 kW</p> | <p>Neue Anlagen mit einer Leistung von weniger als 25 kW erhalten keine Marktprämie mehr. Da gleichzeitig die Einspeisevergütung entfällt, können solche Anlagen keinen förderfähigen Verkauf des eingespeisten Stroms mehr nutzen. Wirtschaftlich bleiben sie damit vor allem bei hohem Eigenverbrauch; der Mieterstromzuschlag bleibt jedoch bestehen.</p> |

|  SCHRITT | BERECHNUNG/ANNAHME UND QUELLE |
|--|--|
| Berechnung Anteil Wertschöpfung Projektentwickler und Installation | Aus Gesamtkostenschätzungen pro GW für Solar-PV (Utility-scale) und für Offshore-Wind in Deutschland wurden die Elemente genutzt, die mit der Planung und Installation der Anlage zu tun haben; für Solar-PV aus IRENA (2025): <i>Renewable Power Generation Costs in 2024</i> ; für Offshore-Wind aus Deutsche Windguard (2024): <i>Kostensituation der Windenergie an Land – Stand 2024</i> . Mit Hinblick auf die kurze Zeitspanne wurde keine Reduktion der Wertschöpfung pro GW angenommen. |
| Berechnung regionaler Hotspots | Die Berechnung der Wertschöpfung bei Projektentwickler und Installation wird auf die Bundesländer mithilfe der zugebauten Leistung im Jahr 2025 skaliert, aus Energy-Charts (2026): <i>Installierte Wind- und Solarleistung in Deutschland in 2024</i> . |
| Berechnung gefährdeter Wertschöpfung durch Redispatch-Vorbehalt | Multiplikation der Wertschöpfung pro GW mit der geschätzten gefährdeten Pipeline neuer Projekte aus enervis energy advisors (2026): <i>Auswirkungen des Redispatchvorbehalts auf Projektpipeline und Investitionsvolumen von PV Freiflächenanlagen und Wind Onshore</i> . |





WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN REGULATORISCHER VOLATILITÄT: Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG)



ZUSAMMENFASSUNG

siehe Seite 20 für Details

Das vom Kabinett beschlossene GModG (Stand 05/26) umfasst den Wegfall der 65-Prozent-EE-Vorgabe, die Zulassung fossiler Heizungen mit steigendem Anteil CO₂-neutraler Brennstoffe ab 2029 („Bio-Treppe“), die Einführung einer Grüngas- und Grünölquote für Energie-lieferanten ab 2028 sowie die Streichung des Betriebsverbots für Öl- und Gasheizungen ab 2045.

Im Jahr 2030 allein könnten infolge des GModG über 230.000 Wärmepumpen weniger (Absatz 2025: 300.000) installiert werden – ein Rückgang, der mit einer Reduktion des Investitionsvolumens von nahezu fünf Milliarden Euro einherginge.

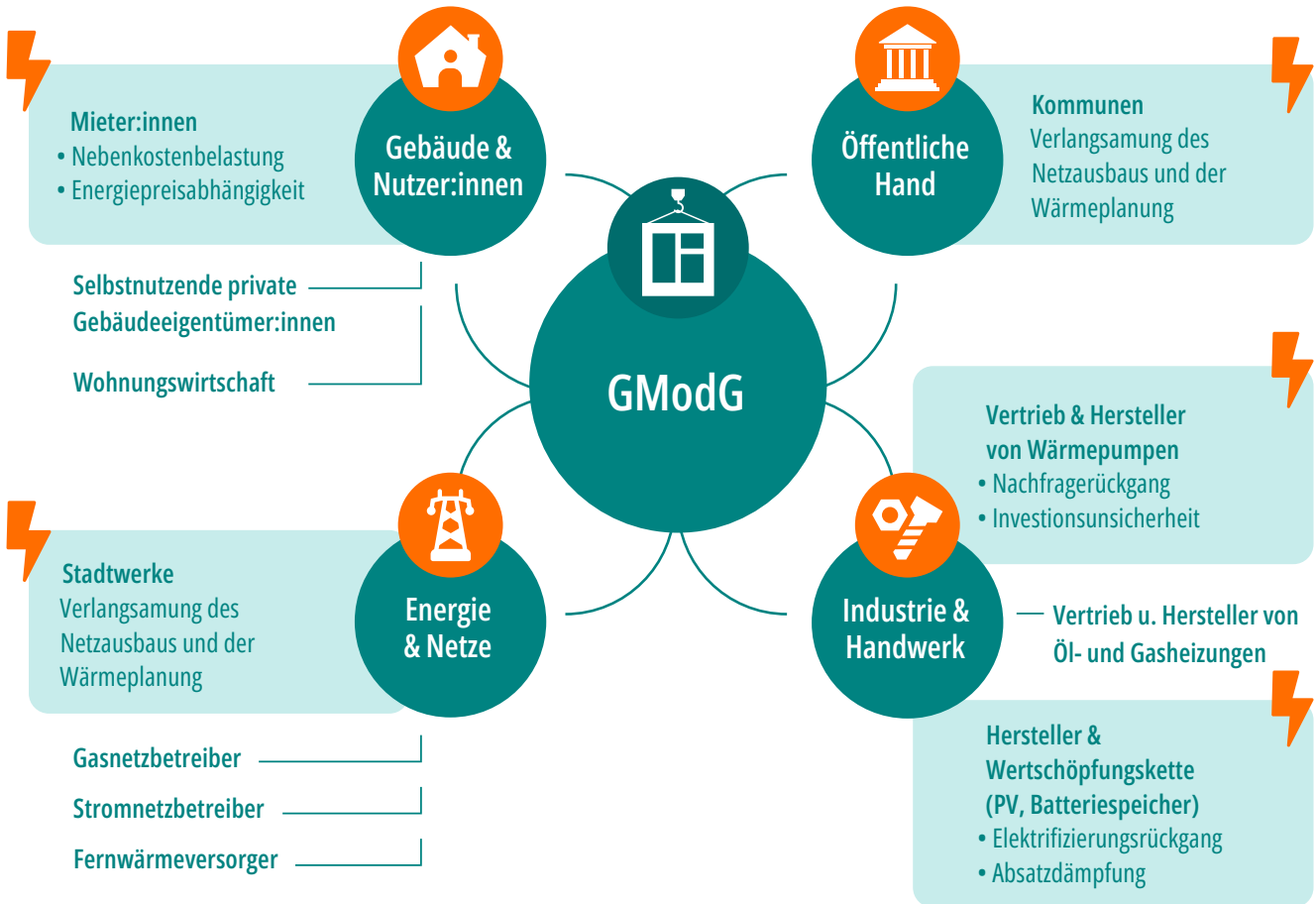
Dadurch würde die Transformation und Dekarbonisierung des Gebäudesektors erheblich ausgebremst, die fossile Abhängigkeit von Haushalten weiter verlängert und das Risiko von Zielverfehlungen mit möglichen Strafzahlungen erhöht.

Der geringere Markthochlauf könnte mit einem **Rückgang von rund 36.000 Arbeitsplätzen** einhergehen, insbesondere in der Herstellung und Installation von Wärmepumpen, sowie in vorgelagerten Wertschöpfungsstufen, mit regionalen Schwerpunkten in Süd- und Westdeutschland.

AUSWAHL BETROFFENER AKTEURE

Sektorübergreifende Auswirkungen durch das GModG

Das GModG wirkt sektorübergreifend und setzt Schlüsselakteure der Energiewende stark unter Druck – von Mieter:innen über Wärmepumpenhersteller und -vertriebe bis hin zu den Wertschöpfungsketten von PV-Anlagen und Batteriespeichern.



⚡ **Starke negative Betroffenheit:** nachhaltig wirksame wirtschaftliche oder strukturelle Nachteile infolge veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen



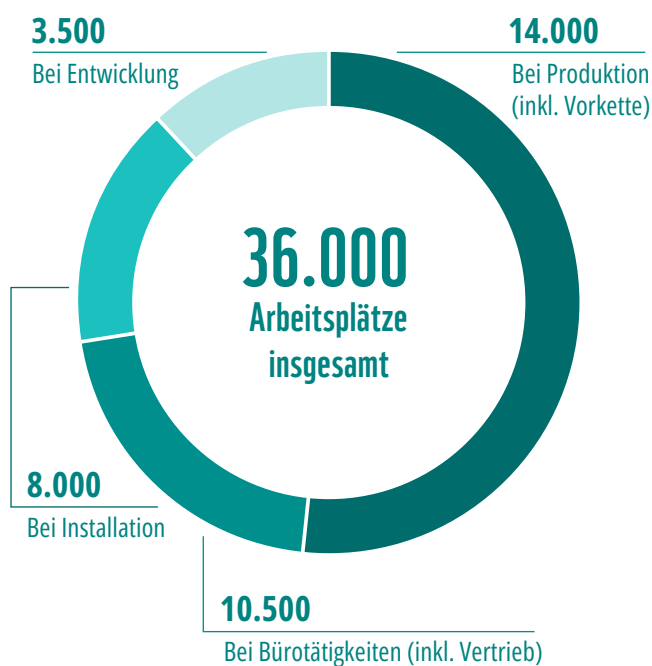
REALWIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE

Wirksame politische Regularien erfordern klare Zielvorgaben und verlässliche Investitionssignale für die Wirtschaft. Die vom Kabinett beschlossene Abschwächung zentraler Anforderungen im Gebäudebereich bewirkt jedoch das Gegenteil: Sie bremst Investitionen, heimische Wertschöpfung und die nötige Dynamik der Transformation spürbar aus. Bis 2030 könnten infolge der regulatorischen

Änderungen zusätzlich bis zu 16 Megatonnen CO₂-Äq ausgestoßen werden und damit die bereits bestehende Lücke zu den Klimazielen im Gebäudesektor (-110 Megatonnen CO₂-Äq) weiter vergrößern. Eine Verfehlung der vereinbarten Klimaziele bis zum Jahr 2030 würde zu Strafzahlungen von Deutschland an die EU in Höhe von mehreren Milliarden Euro führen.

ABBILDUNG 3:
Geschätzter Arbeitsplatzrückgang bei Wärmepumpen bis 2030

Quelle: eigene Analyse basierend auf externen Studien. Hinweis: Schätzungen der Auswirkungen des GModG sind mit hoher Unsicherheit verbunden.



Auswirkungen für Wärmepumpenhersteller

Das Gebäudemodernisierungsgesetz erhöht für Wärmepumpenhersteller die Marktunsicherheit, da Nachfrage und Investitionen stark von Preisen und Förderbedingungen abhängen. Eine instabile Förderlandschaft schwächt den Markthochlauf von Wärmepumpen sowie Investitionen und Innovation.

- Vorhandene Studien prognostizieren im Mittel bis 2030 einen Rückgang der jährlichen Installation um circa **230.000 Wärmepumpen** infolge des GModG, circa 27 Prozent weniger als zuvor vorhergesagt. Der Anteil von Wärmepumpen an neuinstallierten Heizungen würde von über 80 Prozent auf unter 65 Prozent zurückgehen.
- Dies geht potenziell mit einem **Rückgang von rund 36.000 Arbeitsplätzen** einher, insbesondere in der Industrie und im Handwerk.
- Darüber hinaus wären vorgelagerte Wertschöpfungsstufen, etwa Zulieferbetriebe der Metallverarbeitung, indirekt betroffen.

Der Rückgang an Wärmepumpen könnte mit einer Reduktion des Investitionsvolumens von nahezu fünf Milliarden Euro einhergehen.



FINANZMARKTPERSPEKTIVE

Zurückhaltung durch Unsicherheit

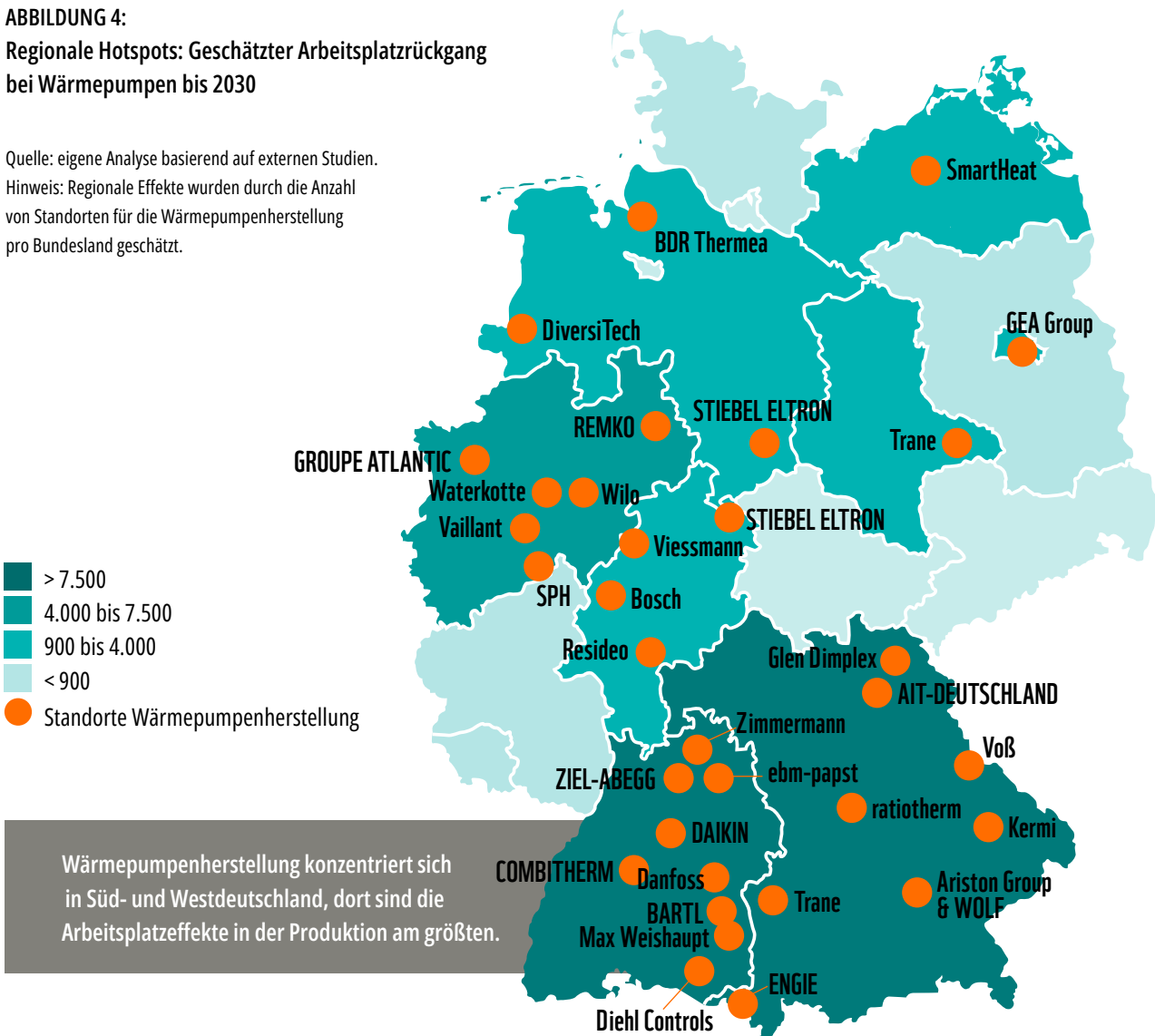
Unter der Annahme der Verabschiedung des GModG verschlechtern sich die Risikoprofile im Gebäudesektor aus finanzmarktlicher Perspektive signifikant. Steigende Energiekosten und die sinkende Zukunftsfähigkeit fossiler Heizsysteme setzen die Immobilienwerte zunehmend unter Druck. Die erwartete Entwertung fossiler Heiztechnologien führt bereits heute zu einem „Brown Discount“ bei entsprechenden Immobilien. Da fossile Heizungen zunehmend als nicht zukunftssicher eingestuft werden,

legen Banken für diese Gebäude teilweise strengere Kreditkonditionen fest.

Investitionshemmnisse entstehen weniger aus bankseitiger Risikoaversion als aus nachfrageseitigen Faktoren, insbesondere hohen Anfangsinvestitionen und begrenzten Förderanreizen. In der Folge vertagen Haushalte geplante Investitionen in neue, nachhaltige Heizsysteme. Dadurch kommt der Markthochlauf ins Stocken, und Hersteller müssen die fehlenden Investitionssignale durch Preisanpassungen oder eigene Finanzierungsmodelle kompensieren.

ABBILDUNG 4:
Regionale Hotspots: Geschätzter Arbeitsplatzrückgang bei Wärmepumpen bis 2030

Quelle: eigene Analyse basierend auf externen Studien.
Hinweis: Regionale Effekte wurden durch die Anzahl von Standorten für die Wärmepumpenherstellung pro Bundesland geschätzt.



KERNELEMENTE DES BESCHLOSSENEN GModG

Stand 05/2026

| ÄNDERUNG | DETAILS |
|--|---|
| 1. Anpassung der 65-Prozent-Vorgabe | Die bisherige Anforderung, nach der neu eingebaute Heizungen zu mindestens 65 Prozent auf Erneuerbaren Energien basieren müssen, wird nicht fortgeführt. |
| 2. Bio-Treppe für neue fossile Heizungen | Neue Gas- und Ölheizungen bleiben zulässig und sollen ab 2029 schrittweise steigende Anteile CO ₂ -neutraler Brennstoffe nutzen. Der Einstieg beginnt mit einem festgelegten Mindestanteil, der in definierten Stufen bis 2040 ansteigt. |
| 3. Grüngas- und Grünölquote | Für Inverkehrbringer von Erdgas und Heizöl wird ab 2028 eine Quote für klimaneutrale Energie eingeführt. Sie steigt schrittweise an und soll bis 2030 Einsparungen von zwei Millionen Tonnen CO ₂ erzielen. |

METHODE UND ANNAHMEN DER QUANTIFIZIERUNG



Stand 05/2026

| SCHRITT | BERECHNUNG/ANNAHME UND QUELLE |
|--|---|
| Rückgang des Absatzes an Wärmepumpen durch das GModG | Gemittelter Wert aus enervis energy advisors GmbH (2026): <i>Gebäudemodernisierungsgesetz 2026 – Kurswechsel in der Wärmewende?</i> und bwp (2026): <i>Branchenstudie 2026 Marktentwicklung, Prognosen & Handlungsempfehlungen</i> . |
| Betroffene Arbeitsplätze | Multiplikation des Rückgangs an Wärmepumpen mit den benötigten Beschäftigten pro Wärmepumpe aus GWS (2024): <i>Fachkräftebedarf für den zukünftigen EE-Ausbau. Quantitative Abschätzungen bis zum Jahr 2030</i> . |
| Ermittlung der regionalen Hotspots | Aufteilung der betroffenen Arbeitsplätze (ausgenommen Installation) auf Bundesländer basierend auf der Verteilung der Wärmepumpenproduktion in Deutschland aus EHPA (2026): <i>Heat pump market intelligence – interactive platform</i> . |
| Auswirkungen auf Emissionen | Schätzung übernommen aus: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (2026): <i>Zwischen Anspruch und Wirkung: Das Gebäudemodernisierungsgesetz und wie es anders gehen kann</i> . Lücke Klimaziele aus: Umweltbundesamt (2026): <i>Treibhausgas-Projektionen 2026 – Ergebnisse kompakt</i> . |



WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN REGULATORISCHER VOLATILITÄT: EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

ZUSAMMENFASSUNG

siehe Seite 24 für Details

Die diskutierten Änderungen der WRRL (Stand 04/26) würden das One-out-all-out-Prinzip schwächen, das Verschlechterungsverbot mildern und Ausnahmen ausweiten, um Genehmigungen zu erleichtern. Zudem sollen Fristen über 2027 hinaus verlängert werden und sich stärker an BVT-Standards (beste verfügbare Techniken) orientieren. Umweltqualitätsnormen sollen flexibler ausgelegt werden.

Unternehmen der Wasserversorgung und -entsorgung leiden unter den wachsenden Kosten steigender Nitratwerte. Zumeist nehmen höhere Kosten für die Aufbereitung auf kommunaler Ebene ihren Anfang, um schließlich an die Verbraucher:innen weitergegeben zu werden.

Wesentliche Bereiche des verarbeitenden Gewerbes sind stark **abhängig von verlässlicher Wasserverfügbarkeit und -qualität**, um ihre Produktion sicherzustellen. Besonders betroffen sind die Pharmabranche und die Lebensmittelindustrie.

AUSWAHL BETROFFENER AKTEURE

Sektorübergreifende Auswirkungen durch Änderungen der WRRL

Die diskutierten Änderungen der WRRL haben einen negativen mittel- bis langfristigen Effekt auf eine Vielzahl von Akteuren aufgrund steigender Schadstoffbelastung, sinkender Wasserverfügbarkeit und wachsender Kosten.



Starke negative Betroffenheit: nachhaltig wirksame wirtschaftliche oder strukturelle Nachteile infolge veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen

* Mit der neuen Kommunalabwasserrichtlinie müssen Inverkehrbringer bestimmter Schadstoffe zukünftig ebenfalls eine vierte Reinigungsstufe mitfinanzieren.



REALWIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE

Die Umsetzung der in der Diskussion stehenden Änderungen der WRRL würden unsere Gewässer stärker belasten. Die Auswirkungen wären eine Reduktion der Wasserqualität und eine Verknappung nutzbaren Wassers, sodass Unternehmen in Maßnahmen zur Wasseraufbereitung investieren müssten. Die Änderungen würden einzelne Sektoren zwar gegebenenfalls kurzfristig entlasten. Die langfristigen Effekte wären jedoch eine Belastung breiter Wirtschaftsbereiche und der Gesellschaft insgesamt, da sinkende Wasserqualität und häufigere Nutzungskonflikte Kosten

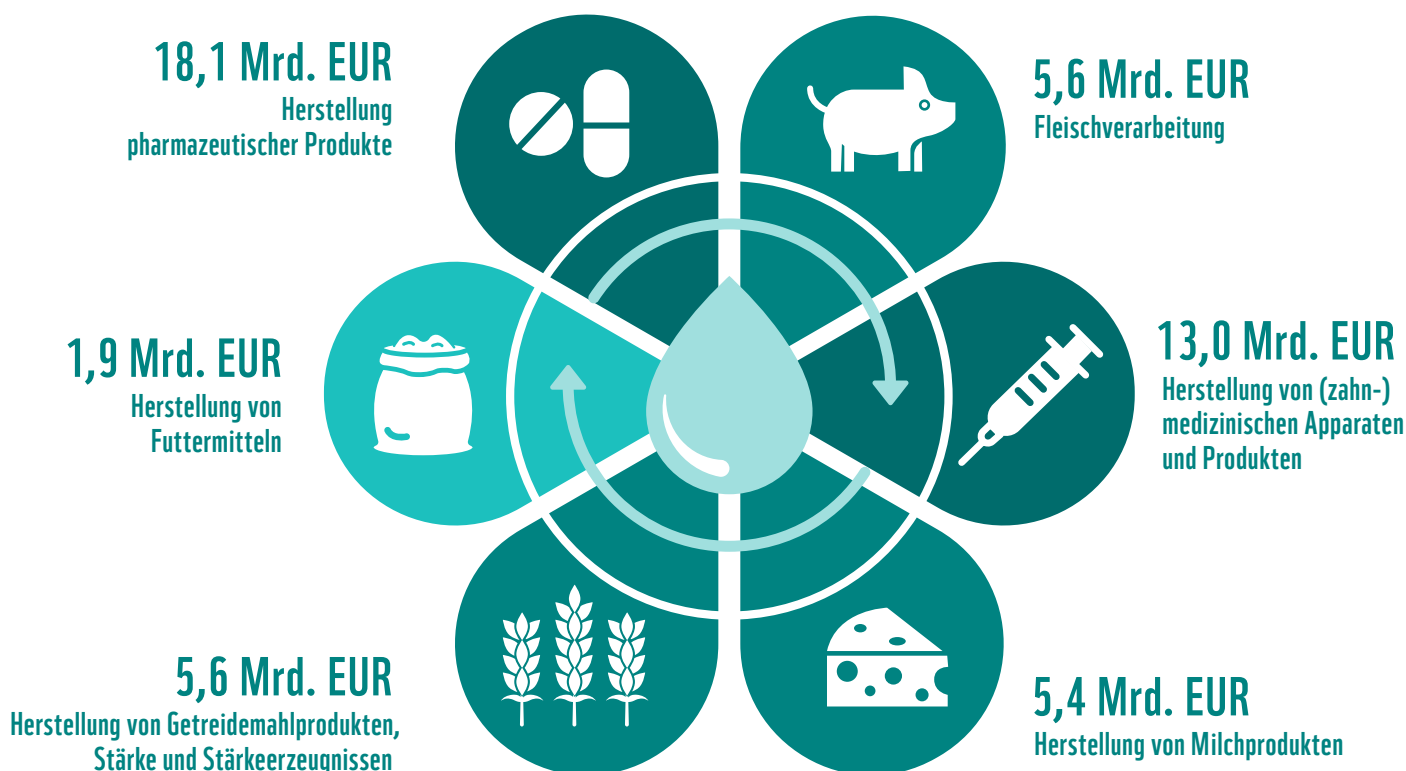
und Risiken zentraler Wirtschaftssektoren strukturell erhöhen würden. Die Auswirkungen würden sich besonders deutlich in der Wasserversorgung und -entsorgung bemerkbar machen, wo Wasseraufbereitung und Infrastrukturanforderungen die Preise direkt in die Höhe treiben würden. Bei einem Anstieg der Nitratkonzentration auf das Niveau von 2013 würden zusätzliche Kosten von insgesamt 44 Millionen Euro pro Jahr für Trinkwasserunternehmen entstehen, die v. a. auf die Verbraucher:innen umgelegt würden.

ABBILDUNG 5:

Industrien mit hoher oder sehr hoher Wasserabhängigkeit pro EUR an Bruttowertschöpfung in 2023

Große Industriezweige wie Pharmazie* und Lebensmittelherstellung sind abhängig von der Bereitstellung sauberen Wassers. In neueren Industrien wie bei Batterie- oder Chipherstellern kann Mangel an Wasser zu Produktionseinschränkungen oder -stopps führen.

Quelle: eigene Darstellung basierend auf: ENCORE Partners (Global Canopy, UNEP FI, UNEP-WCMC) (2024): Exploring Natural Capital Opportunities, Risks and Exposure. Destatis (2026). 42251-0003: Beschäftigte, Umsatz, Produktionswert und Wertschöpfung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe.



* Mit der neuen Kommunalabwasserrichtlinie müssen Inverkehrbringer (z. B. Pharmaindustrie) bestimmter Schadstoffe zukünftig eine vierte Reinigungsstufe je nach Kommunengröße mitfinanzieren.

FINANZMARKTPERSPEKTIVE

Finanzielle Risiken durch saisonale Wasserknappheit

Unter der Annahme der Umsetzung der diskutierten Schwächung der Wasserrahmenrichtlinie stellen aus Sicht des Finanzmarkts zunehmende physische Wasserstress-Ereignisse ein relevantes Risiko dar, weil sie die Cashflows wasserabhängiger Anlagen gefährden. Gleichzeitig führen die Aussicht auf Fristverlängerungen und gelockerte Vorgaben bei der Wasserrahmenrichtlinie zu abwartendem Verhalten bei Unternehmen und Investoren.

Dies hat zur Folge, dass Unternehmen Investitionen in wasserbezogene Anpassungsmaßnahmen aufschieben. Kurzfristig senkt dies Kosten, erhöht jedoch langfristig die Anfälligkeit gegenüber Dürreperioden und Nutzungseinschränkungen. Häufen sich Produktionsdrosselungen, sinken Cashflows, Finanzkennzahlen und Beschäftigungszahlen, worauf Banken mit höheren Risikoaufschlägen reagieren. In der Folge steigen Finanzierungskosten genau in einer Phase sinkender Einnahmen, was Investitionen weiter verzögert und Standortentscheidungen beeinflusst.

KERNELEMENTE DER DISKUTIERTEN ÄNDERUNGEN DER WRRL

Stand 05/2026

| ÄNDERUNG | DETAILS |
|--|--|
| 1. Abschwächung des One-out-all-out-Prinzips | Die Bewertungslogik soll angepasst werden. Danach gilt ein Wasserkörper nicht mehr insgesamt als „nicht gut“, wenn nur eine einzelne Qualitätskomponente vom guten Zustand negativ abweicht. Das soll unter anderem die Genehmigungen für neue Industrieanlagen erleichtern. |
| 2. Lockerung des Verschlechterungsverbots | Industrielle Stakeholder schlagen eine Reihe an Aufweichungen des Verschlechterungsverbots vor, beispielsweise die Zulassung integrierter Beurteilungen (anstelle der Betrachtung einzelner Qualitätselemente) und geringfügiger Abweichungen oder die Regulierung von Einleitungen auf der Ebene eines Wasserkörpers und nicht für einzelne Anlagen. |
| 3. Ausweitung von Ausnahmeregelungen | Die bestehenden Ausnahmemöglichkeiten nach Art. 4 Abs. 5 und 7 WRRL sollen erweitert werden, etwa durch zusätzliche Ausnahmetatbestände, geringere Nachweispflichten oder sektorale Sonderregelungen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie fordert etwa, Art. 4(7) auf alle wasserbezogenen WRRL-Tätigkeiten auszuweiten, um „wirtschaftliche Interessen“ als Ausnahmegrund zuzulassen. |
| 4. Verlängerung der Fristen über 2027 hinaus | Die Fristen sollen über 2027 hinaus verlängert werden, teilweise bis 2045 (Vorschlag von EUROCOAL und dem deutschen Industrieverband), um mehr zeitlichen Spielraum für Umsetzung und Genehmigungen zu schaffen. |
| 5. Anpassung an BVT-Standards der Industrieemissionsrichtlinie | Genehmigungen sollen stärker an den „Best Available Techniques“ der Industrieemissionsrichtlinie ausgerichtet werden, auch wenn diese weniger strenge Anforderungen enthalten als die WRRL. Die BVT könnten Abwassereinleitungen zulassen, die trotz technischer Standards Gewässer belasten und der WRRL widersprechen. |
| 6. Überprüfung von Umweltqualitätsnormen | Umweltqualitätsnormen sollen überprüft und flexibler ausgestaltet werden, etwa durch stärkere Berücksichtigung der Bioverfügbarkeit von Schadstoffen. |

METHODE UND ANNAHMEN DER QUANTIFIZIERUNG



| SCHRITT | BERECHNUNG/ANNAHME UND QUELLE |
|--|--|
| Verschlechterung der Wasserqualität durch Aufweichung der WRRL | Angenommen wird, dass der Rückgang in der mittleren Nitratkonzentration der letzten Jahre in Deutschland zunichtegemacht wird und die Nitratkonzentration wieder auf das Niveau von 2013 (41 mg/L) steigt, aus BMEL und BMUV (2024): <i>Bericht der Bundesrepublik Deutschland gemäß Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen.</i> |
| Kosten durch Verschlechterung der Wasserqualität | Prozentuale Veränderung in der Nitratkonzentration wird mit ökonomischer Schätzung für die zusätzlichen Kosten für Trinkwasserversorger aus erhöhter Nitratkalkulation multipliziert, aus DIW Wochenbericht (2022): <i>Wertvolle Ressource Wasser auch in Deutschland zunehmend belastet und regional übermäßig genutzt.</i> |





WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN REGULATORISCHER VOLATILITÄT: Wiederherstellungs-Verordnung (WVO)



ZUSAMMENFASSUNG

siehe Seite 30 für Details

Die Forderung nach Überarbeitung der WVO auf europäischer Ebene käme de facto ihrer Abschaffung gleich. Ein solcher Stillstand würde den ohnehin kritischen Zustand unserer Naturräume weiter verschärfen, da dringend nötige Maßnahmen ausblieben.

Dies würde **zulasten des Zustands zentraler Naturräume gehen** und deren ökologische Funktionen, insbesondere für Wasserhaushalt und Bodenfruchtbarkeit, erheblich beeinträchtigen. Die Risiken für die Wirtschaft wären real. So betrachtet der Lebensmitteleinzelhandel den Verlust intakter Ökosysteme als direktes Geschäftsrisiko. Es drohen sinkende Produktionsmengen, Preisschwankungen und unterbrochene Lieferketten.

Der ökonomische Nutzen der Wiederherstellung von natürlichen Ökosystemen beträgt EU-weit 1.860 Milliarden Euro – bei geschätzten Aufwendungen von 154 Milliarden Euro.¹¹

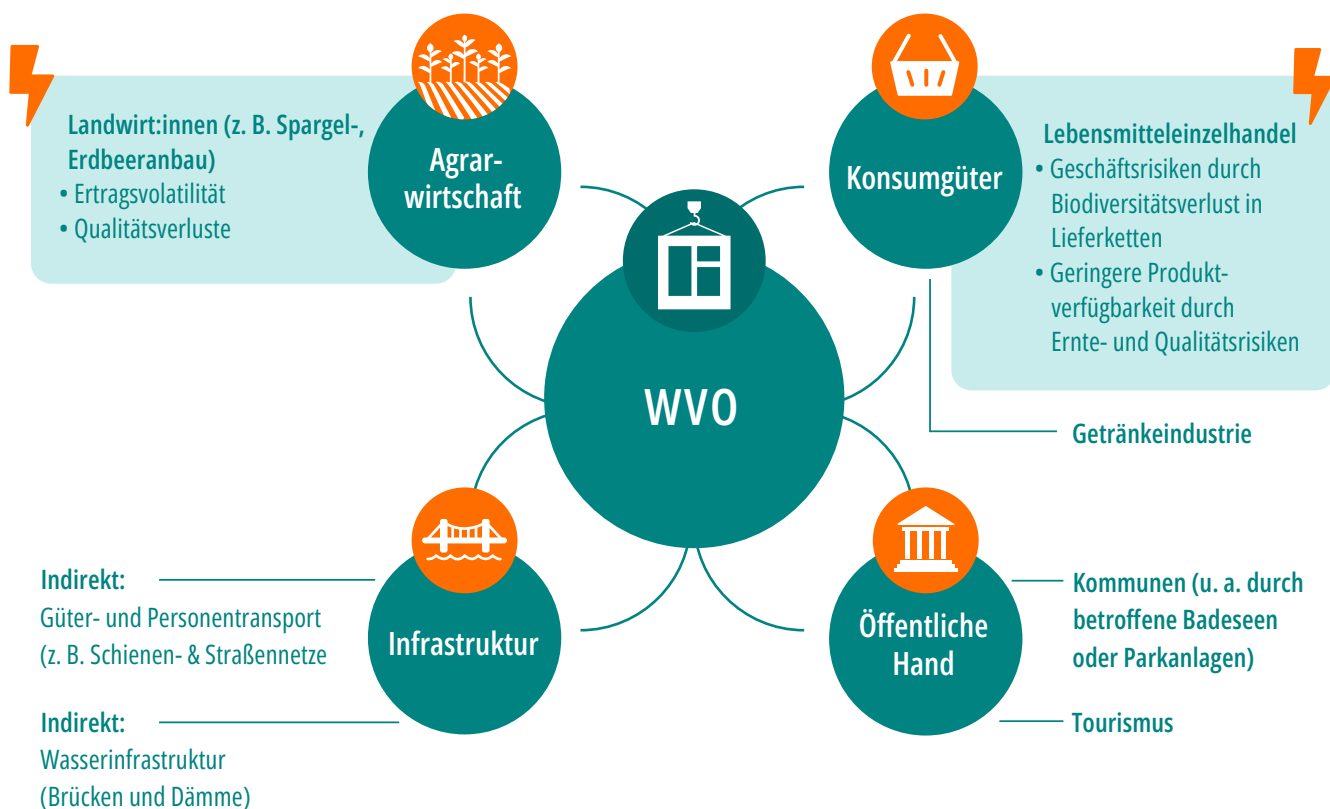
Besonders vulnerabel wären **sensitive Anbausysteme wie der Erdbeeranbau**, der bei einem Jahresumsatz von rund einer halben Milliarde Euro maßgeblich von intakten Bodenfunktionen abhängt. Während eine zu intensive Bewirtschaftung selbst zur Beeinträchtigung der Biodiversität beiträgt, entzieht eine fortschreitende Degradation der Ökosysteme dem Sektor langfristig die Existenzgrundlage: In der Folge drohen rückläufige Erträge, häufigere Ernteausfälle sowie eine zunehmende Importabhängigkeit.

11 European Environment Agency (2023): The importance of restoring nature in Europe: <https://www.eea.europa.eu/en/analysis/publications/the-importance-of-restoring-nature-in-europe>

AUSWAHL BETROFFENER AKTEURE

Sektorübergreifende Auswirkungen durch eine Abschwächung der WVO

Eine fehlende Umsetzung der WVO würde den Zustand unserer bereits erheblich degradierten Ökosysteme weiter verschlechtern und zentrale Sektoren belasten. Denn lädierte Naturräume beeinträchtigen Produktion, Lieferketten und öffentliche Nutzung spürbar. Zudem würde die Chance vertan, Infrastruktur durch naturbasierte Maßnahmen zu schützen.



⚡ Starke negative Betroffenheit: nachhaltig wirksame wirtschaftliche oder strukturelle Nachteile infolge veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen



REALWIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene macht die hier analysierte ausbleibende Umsetzung der WVO wichtige Lieferketten noch stärker anfällig für Umweltschocks. Intakte Ökosysteme sind grundlegend für wirtschaftliche Aktivitäten – beispielsweise für den Lebensmitteleinzelhandel, wo ihr Verlust einem Risikofaktor mit potenziell gravierenden Auswirkungen auf Verfügbarkeit, Qualität und Preise von Produkten gleichkommt. Die Wirtschaft muss mit steigenden

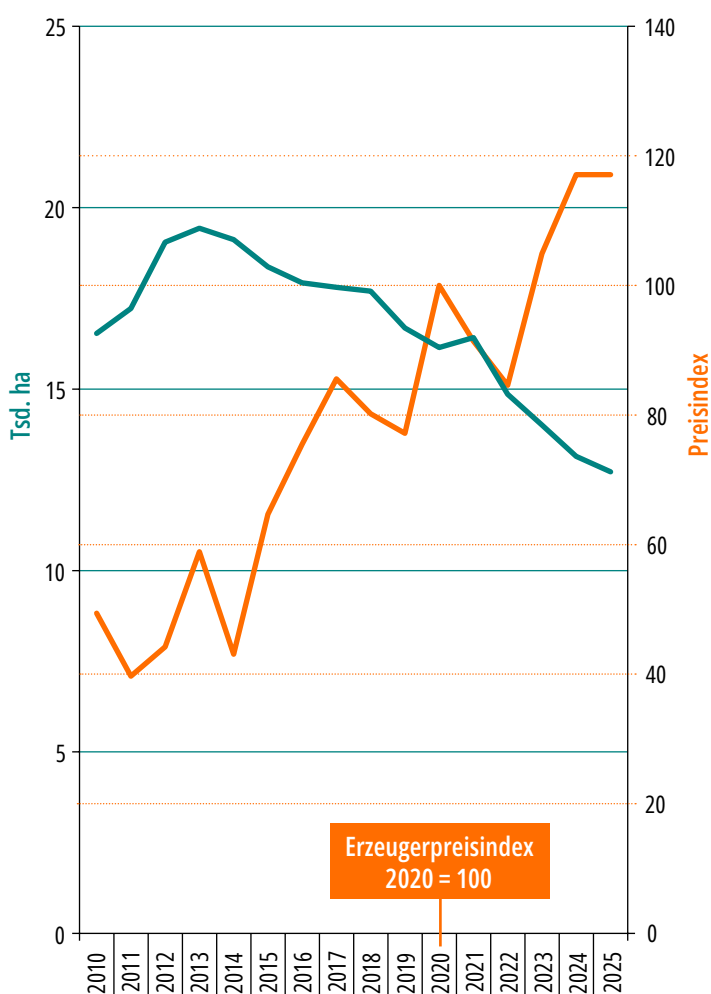
Kosten entlang der Wertschöpfungsketten, zunehmender Instabilität der Versorgung sowie wachsender Unsicherheit für Investitionsentscheidungen rechnen. Darüber hinaus lohnt sich die Investition in die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme: Jeder investierte Euro generiert einen durchschnittlichen Mehrwert von zwölf Euro. Demgegenüber betragen die Kosten des Nicht-Handelns EU-weit bis 2070 bis zu 1,7 Billionen Euro.¹²

ABBILDUNG 7:

Anbaufläche und Preisentwicklung bei Erdbeeren

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Destatis (2026):

Erzeugerpreisindizes landwirtschaftlicher Produkte: Deutschland, Jahre, Landwirtschaftliche Produkte.



Entwicklungen landwirtschaftlicher Märkte am Beispiel von Erdbeeren

- Ein funktionierendes Ökosystem ist grundlegend für agrarbasierte Märkte in Deutschland, um Standort- und Investitionssicherheit zu gewährleisten.
- Der Verlust nährstoffreicher Böden führt bspw. bei Erdbeeren – einem wirtschaftlich und kulturell wichtigen Produkt – zu **Produktionsausfällen, Qualitätsschwankungen, steigenden Preisen** und zunehmenden Lieferschwierigkeiten.
- Zunehmende Dürreperioden und eine abnehmende Bodenqualität mindern sowohl die Verfügbarkeit als auch die Ertragsfähigkeit der Anbaugelände für Erdbeeren. **Sinkende Anbauflächen gefährden** dabei nicht nur die **Versorgungssicherheit und Preisstabilität**, sondern gefährden **langfristig Arbeitsplätze**. Dies stellt die Landwirtschaft vor ein Paradoxon: Während sie einerseits durch intensive Bewirtschaftungspraktiken – etwa den Einsatz von Fungiziden – selbst zur Degradierung der Böden beiträgt, ist sie andererseits durch eben jene ökologische Entwertung unmittelbar in ihrer Produktionsgrundlage bedroht.
- Regenerative Landwirtschaft und weniger intensive Bewirtschaftung, wie sie die WVO vorschlägt, kommt den Erträgen zugute. Schon relativ **einfache Maßnahmen** im Bodenmanagement können zu einem **Ertragswachstum von 5–10 Prozent** beitragen.^{(1), (2)}

¹² Umweltbundesamt: Ökonomischer Nutzen: <https://www.umweltbundesamt.at/naturschutz/nature-restoration-regulation/oekonomischer-nutzen>

FINANZMARKTPERSPEKTIVE

Unsicherheit treibt Risiken

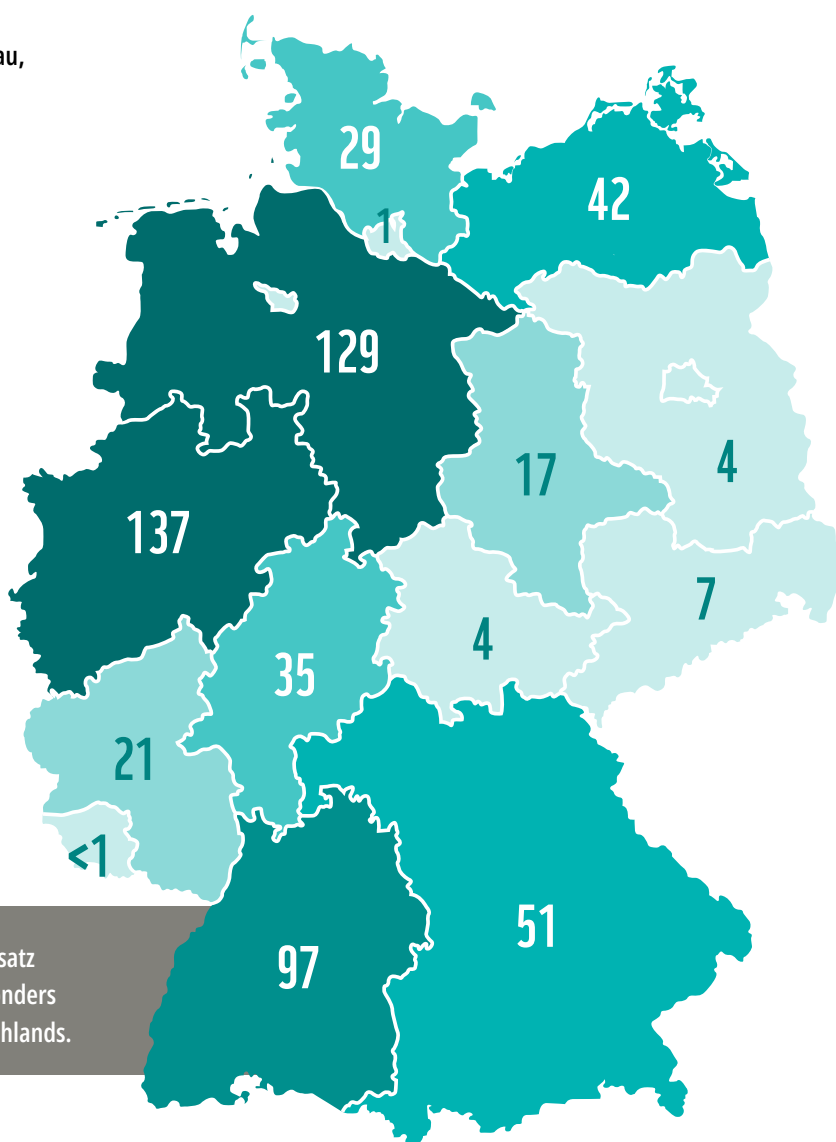
Regulatorische Unsicherheit beim Schutz der biologischen Vielfalt erschwert es dem Finanzmarkt, die Entwicklung von Kosten, physischen Risiken und regulatorischen Anforderungen vorherzusagen. Zwar wirken sich viele dieser Effekte primär auf laufende Betriebskosten aus und werden bislang kaum in Kreditkonditionen abgebildet. Dennoch führt mangelnde Planbarkeit branchenübergreifend zu abwartendem Verhalten.

Ohne verlässlichen regulatorischen Rahmen verschärfen sich physische Risiken durch fortschreitende Degradierung von Ökosystemen. So verschieben Landwirt:innen notwendige Anpassungsmaßnahmen, während Bodenqualität und Wasserverfügbarkeit schwinden. Dies führt zu steigenden Betriebskosten und volatilen Erträgen. Dadurch geraten Cashflows und Kreditsicherheiten unter Druck, worauf Banken mit höheren Risikoaufschlägen reagieren. Die steigenden Finanzierungskosten verhindern weitere Investitionen: eine Spirale, welche die strukturellen Risiken betroffener Sektoren erhöht.

ABBILDUNG 8:

Regionale Hotspots: Umsätze im Erdbeerbau, in Mio. EUR 2025

Quelle: eigene Analyse basierend auf externen Studien;
Hinweis: siehe Methodik auf der folgenden Seite.



Mehr als eine halbe Milliarde Euro Umsatz erwirtschaftet der Erdbeerbau, besonders im Südwesten und Nordwesten Deutschlands.

AKTUELLER STAND DER WIEDERHERSTELLUNGS-VERORDNUNG

Aktuell gibt es auf Ebene der EU-Gesetzgebung kein gesetzgeberisches Unterfangen zur Abschwächung der Wiederherstellungs-Verordnung. Allerdings üben verschiedene Seiten Druck in diese Richtung aus. Zugleich rückt eine zentrale Frist näher: Bis zum 1. September 2026 müssen die Mitgliedstaaten ihre nationalen Wiederherstellungspläne bei der EU-Kommission einreichen. In Deutschland veröffentlichte das Bundesumweltministerium am 25.04.2026 einen Entwurf des nationalen Wiederherstellungsplans und leitete eine Beteiligungsphase ein, in der Öffentlichkeit und Stakeholder die Möglichkeit zur Kommentierung des Entwurf erhalten.

Im Beteiligungsprozess werden bereits kritische Stimmen einzelner Sektoren laut, die eine Verschiebung, Anpassung oder sogar einen vollständigen Stopp der bestehenden Vorgaben fordern. Ein solcher Stopp würde die Umsetzung dringend notwendiger Maßnahmen verzögern und die fortschreitende Degradierung von Ökosystemen weiter verstärken, mit entsprechenden negativen Folgen für Wirtschaft und Klima.

METHODE UND ANNAHMEN DER QUANTIFIZIERUNG



| SCHRITT | BERECHNUNG/ANNAHME UND QUELLE |
|---|---|
| Berechnung Umsatz Erdbeeranbau pro Bundesland | Multiplikation der Erdbeererträge pro Bundesland mit dem Großmarktpreis, zensierte Bundesländer approximiert, aus Destatis (2026): <i>Gemüseerhebung (41215-0014)</i> und AMI (2025): <i>Marktsaison Erdbeeren, Bericht Nr. 20/2025</i> . |
| Literatur zu Effekten durch bessere Bewirtschaftung | (1) Gocke, M. I. et al (2023): <i>Interactive effects of agricultural management on soil organic carbon accrual: A synthesis of long-term field experiments in Germany</i> . (2) Umweltbundesamt (2022): <i>Role of soils in climate change mitigation</i> . |



Politische Berechenbarkeit ist kein Nice-to-have, sondern Grundvoraussetzung für zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg. Nur eine konsistente, langfristig verlässliche und legislaturübergreifende Richtung schafft das Vertrauen, das die Wirtschaft jetzt braucht.

Unterstützen Sie den WWF

IBAN: DE06 5502 0500 0222 2222 22



Unser Ziel

Wir wollen die weltweite Zerstörung der Natur und Umwelt stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

WWF Deutschland

Reinhardtstr. 18 | 10117 Berlin

Tel.: +49 30 311777-700

info@wwf.de | wwf.de